

<https://www.democrata.es/analisis-de-expertos/la-gran-cortina-de-humo-de-la-industria-tabaquera-una-estrategia-de-distraccion-ante-su-propia-injerencia-en-la-ue/> (von Raquel Fernandez Megina - Democrata informacion parlamentaria und Ubaldo Cuadrado, Vizepräsident von Nofumadores.org, 10.04.2025, übersetzt durch Google):

Im Rahmen des „Europäischen Plans zur Bekämpfung von Krebs“ strebt die EU bis 2040 die Schaffung der ersten tabakfreien Generation an, mit dem Ziel, die Verbreitung des Tabakkonsums auf unter 5 % zu senken. Um dieses Ziel zu erreichen, leitete die Europäische Kommission im Jahr 2022 eine Überprüfung der Gesetzgebung zur Eindämmung des Tabakkonsums ein. Getreu ihrem Wesen blieb die Tabakindustrie dieser Bedrohung ihres Geschäftsmodells nicht tatenlos gegenüber: dem Tod durch Sucht, getarnt als Lebensstil. Nach dem Grundsatz „Angriff ist die beste Verteidigung“ reichte Tobacco Europe, die Lobby der wichtigsten Hersteller von Tabak- und Nikotinprodukten, beim Europäischen Bürgerbeauftragten Beschwerde gegen die Kommission ein. Die Argumentation ist irgendwo zwischen kafkaesk und dystopisch: Für die Branche hätte das Europäische Netzwerk für Tabak- und Raucherprävention (ENSP), eine gemeinnützige Organisation, die für die Tabakkontrollpolitik in Europa von zentraler Bedeutung ist, in einem Interessenkonflikt wirtschaftlichen Schaden verursacht. Wie kann die Industrie ENSP einen Interessenkonflikt vorwerfen? Im Januar 2023 erhielt ein Konsortium unter der Leitung des Beratungsunternehmens Open Evidence, dem ENSP angehört, den Rahmenvertrag zur Erbringung von Unterstützungsleistungen für die Überprüfung der EU-Tabakrichtlinien. Die Rolle des ENSP war klar definiert: den Kontakt zu nationalen Experten und Netzwerken zu erleichtern, die notwendige technische und wissenschaftliche Unterstützung für die Strategie der EU-Tabakkontrolle. Die Industrie argumentierte, dass die Präsenz des ENSP aufgrund seines Schwerpunkts auf der Tabakkontrolle die Objektivität und Transparenz des Rahmenvertrags beeinträchtigt. Es war sicherlich keine Überraschung, dass die Europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly die Beschwerde der Industrie am 4. Februar 2025 mit der Begründung zurückwies, dass die begrenzte Rolle von ENSP, die sich auf technische und wissenschaftliche Aspekte konzentriert, keine Gefahr für die unparteiische Ausführung des Vertrags darstelle. Darüber hinaus stärkt diese Ausrichtung des ENSP auf das öffentliche Interesse lediglich die Integrität des Prozesses, wie das Urteil von Emily O'Reilly unterstreicht. Es sei darauf hingewiesen, dass es die Europäische Kommission selbst war, die zwischen 1994 und 1997 die Gründung des ENSP vorantrieb. Sie reagierte damit auf die Notwendigkeit, auf ein Netzwerk von Experten aus allen EU-Mitgliedsstaaten zurückzugreifen, die zusammenarbeiten und ihre Arbeit, Studien und Erfahrungen im Bereich der Rauchkontrolle und -prävention austauschen konnten. Dies geschah auf Ersuchen des damaligen Programms „Europa gegen Krebs“. Tatsächlich ist der Angriff der Tabakkonzerne auf diese Organisation Teil ihrer Betriebslogik: Die Arbeit der ENSP ist entscheidend und von unschätzbarem Wert für den Schutz der Gesundheit der Europäer vor den wirtschaftlichen Interessen der Industrie. Im Kern scheint die Beschwerde von Tobacco Europe weniger eine Verteidigung der Transparenz als vielmehr eine Ablenkungsstrategie zu sein. Der eigentliche Interessenkonflikt war schon immer mit der Existenz der Tabakindustrie selbst verbunden, einem Sektor, der enorme Gewinne mit einem Produkt erzielt, das weltweit weiterhin verheerende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit hat. Der Gegensatz zwischen der Kommission und dem ENSP einerseits und den Tabakkonzernen andererseits rührt daher, dass sich erstere verpflichtet haben, die Zahl der Raucher auf unter 5 % zu senken. Das Ziel der Industrie besteht im Gegensatz dazu darin, die Zahl der Konsumenten von Tabak- und Nikotinprodukten zu verstetigen und sogar zu erhöhen. Eine gut finanzierte Ablenkungsstrategie Der Angriff auf die ENSP ist nur ein Beispiel für eine viel umfassendere Strategie. Tabakkonzerne wenden

enorme Ressourcen auf, um europäische Institutionen zu infiltrieren und Regelungen zu verhindern, die ihre Gewinne beeinträchtigen. Laut dem jüngsten Bericht der Smoke Free Partnership erreichten die Ausgaben der Industrie für Lobbyarbeit in der EU im Jahr 2022 einen historischen Höchststand von 19 Millionen Euro, ein Anstieg von 28 % gegenüber 2021. Dieses Geld führt zu einer stärkeren Präsenz der Industrie in Entscheidungsgremien, vor allem in Brüssel. Die Zahl der beim Europäischen Parlament akkreditierten Lobbyisten stieg um 30 % von 43 auf 56. Und während die Industrie immer mehr Geld für Lobbyarbeit bei den europäischen Institutionen ausgibt, wurden die EU-Mittel für die Bekämpfung des Rauchens drastisch gekürzt, was die Arbeit der Verbände, die sich für die Eindämmung des Tabakkonsums einsetzen, behindert. Die Ergebnisse dieser Investitionen und dieser Angriffe ließen nicht lange auf sich warten. Die Überarbeitung der Tabakbesteuerungsrichtlinie, die auf eine Erhöhung der Tabaksteuern zur Reduzierung des Konsums abzielt und 2022 in Kraft treten sollte, wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Dasselbe ist mit der Tabakwerberichtlinie passiert. Die Empfehlung des Rates zu rauchfreien Umgebungen, ein wichtiger Schritt zum Schutz der Bevölkerung vor Tabakrauch und neuen Nikotinprodukten, wurde 2024 angenommen, allerdings mit einem Jahr Verzögerung. Als Mitglieder der ENSP äußern wir bei Nofumadores.org unsere tiefe Besorgnis über die Verzögerung bei der Umsetzung der neuen Vorschriften. Jedes Jahr, das ohne wirksame Maßnahmen vergeht, tötet die Tabakindustrie weiterhin jährlich 700.000 Europäer. Wir können nicht zulassen, dass sie weiterhin die politische Debatte manipuliert oder dass ihre Ablenkungsmanöver den Fortschritt im Bereich der öffentlichen Gesundheit behindern. Wir fordern die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten dringend auf, der Gesundheit der Bürger Vorrang vor den kommerziellen Interessen einer Industrie einzuräumen, die immer wieder bewiesen hat, dass sie bereit ist, Leben für Profit zu opfern. Das ENSP muss weiterhin eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung von Daten und Fachwissen zur Unterstützung der Entscheidungsfindung in der Tabakkontrolle spielen. Zudem müssen die Maßnahmen zur Begrenzung der Einflussnahme der Industrie umgehend verstärkt werden. Dies geschieht in Übereinstimmung mit Artikel 5.3 des FCTC (Nofumadores.org ist im Nationalen Register der Vereine unter der Nummer 172.478 eingetragen). Dort heißt es: „Bei der Festlegung und Umsetzung ihrer Gesundheitspolitik zur Tabakkontrolle müssen die Vertragsparteien so vorgehen, dass diese Politik im Einklang mit dem nationalen Recht vor kommerziellen und sonstigen Eigeninteressen der Tabakindustrie geschützt wird.“

Europa steht an einem Scheideweg: Entweder schützt es die Gesundheit seiner Bürger oder es gibt einer Industrie nach, die seit Jahrzehnten verheerende Schäden anrichtet. Die Entscheidung sollte nicht schwer sein. Aber die Zeit läuft uns davon.